

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Verlag: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaft, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 1 RM. (jeweils Bezahlungsgeblüte) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-Al. / Geschäftsstelle und Redaktion: 1. Allee, 1000 Dresden, 2. / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postfach 1000 Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel / Ausgabezeit: Dresden-Al. Güterbahnhofstr. 2 / Herausdruck: Amm Dresden Nr. 17259 / Druckerei: "Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wohermorge nachm. 3—5 Uhr (außer Sonntags) / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Da Gütern höherer Gewalt besteht kein Umweg auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 16. März 1926

Nummer 63

## Erkämpft den vollen Sieg!

Morgen fällt die Entscheidung! Holt die letzten Säumigen zur Einzeichnung heran!  
Brecht die Sabotage! Setzt alle Kräfte ein! Bildet die geschlossene Kampffront  
aller Ausgebeuteten in Stadt und Land! Zwingt die Monarchisten auf die Knie!

## Keinen Pfennig den Fürsten! Alles dem Volke!

### 157418 Eintragungen in Dresden

Die Beteiligung bei den Einzeichnungen für das Wahlgebiet erreichte gestern in Dresden dieselbe Höhe wie am Sonntag. Insgesamt zeichneten sich gestern 29 184 Wähler für das Wahlgebiet ein. Es stehen nur noch zwei Einzelbüros kleinerer Einzeichnungssäle aus. Mit dem Ergebnis ist das Ergebnis vom Sonntag erreicht. Zugleich haben sich bisher in Dresden eingezogen 27 118 Wahlberechtigte. Damit ist die Stimmenzahl, die Sozialdemokraten und Kommunisten bei der letzten Reichswahl in Dresden auswiesen, übersteigt. Auch heute zeigen in allen Einzeichnungsstellen ein weiterer Anstieg in Richtung zur Einzeichnung zu bewerten.

#### Ergebnisse aus dem Reiche

Berlin, 16. März. (Eig. Nachbericht.) In Berlin steht bis gestern abend rund 1 250 000 Wahlberechtigte bereit. Die Beteiligung war besonders am gestrigen Sonntag außerordentlich stark. Während sich am Sonntag in Berlin 80 581 Wahlberechtigte einzogen, wurden am Montag 217 207 Eintragungen vorgenommen, was rund 10 Prozent mehr als am ersten Einzeichnungstag. Bis Sonnabend werden in Berlin 1 001 648 Stimmen abgegeben, so da die Stichzahlen von gestern ebenfalls eine starke Erhöhung aufweisen, kann für Montag mit über 150 000 Stimmen gerechnet werden, so daß die Zahl von 1 250 000 in Groß-Berlin über erreicht sein dürfte. Die ungeheuernde Beteiligung am Montag ergibt sich aus den Stichzahlen aller Berliner Wahlbezirke. Es wurden abgestimmt am Montag: Wedding 19 780 (Sonntag 21 200), Gesellberg 16 685 (Sonntag 21 572), Friedrichshain 23 113 (Sonntag 21 368), Kreuzberg 16 754 (Sonntag 22 000).

Sach im übrigen Reihe ist am Sonntag und am Montag die Beteiligung an den Einzeichnungen außerordentlich hoch gewesen. Vom Niederrhein wird uns gesagt:

In Düsseldorf-Stadt stieg die Zahl der Eintragungen am Sonntag um 25 000 auf 65 000, in Barmen 37 467, Oberfeld 24 620, Neukirchen 17 747, Solingen Stadt 5271, Solingen Landkreis 53 000. In Elberfeld kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, ebenfalls in Düsseldorf, wo am Sonnabend bei der Demonstration die Polizei versuchte, ein mitgetragenes Bild Wilhelm II. zu beschädigen im Steigen.

#### Der Geldmann der Gemeinmöder

Vor dem preußischen Gemeinde-Untersuchungsausschuss (ein strungvoller Dräufschler in der "Kielner Zeitung" nannte ihn kürzlich "Ausschuss zur Unterstützung der Gemeinmöder") lehnte er sich von Oppen ab, den Namen seines reichen Gönners, der Hauptfinanzier der SA-Gemeinmöder ist. Zumindest, vor diesem Ausschuss konnte sich jeder direkt rätseln, vor diesem Ausschuss konnte sich jeder direkt rätseln. Dagegen wurde eine Frage des Genossen Oppen zugeklungen, nicht zugelassen".

In der "Weltähnlichkeit" (Nr. 10) nennt Carl Mertens, ehemaliges Mitglied der Schwarzen Reichswehr, jetzt im Namen des zahlungskräftigen Hintermannes der Schwarzen-Reichswehr-Gemeine. Es ist der Graf Kuno von Hardenberg, der Führer des Heimatgeschüzes im Wehrkreis I, der Besitzer von 28 808 Morgen Land im Kreise Lübeck.

Die Erfüllung dieses Namens wird vom Sammeln der Gemeindeauswahl wahrscheinlich gar nicht beachtet werden. Abgesehen davon: Für den Grafen v. Hardenberg im heutigen Deutschland einen Richter zu finden, dürfte eine schwierige Aufgabe sein.

#### Ein Kompromiß in Genf

Nach den heute vorliegenden Meldungen der bürgerlichen Presse wird die Völkerbundversammlung am Mittwoch zusammentreten, um einen endgültigen Beschluß in Bezug der Zusammensetzung des Völkerbundrates zu

schlagen zu können. 7 Personen wurden verhaftet, 3 davon sind jetzt noch in Haft, 8 Polizeibeamte sollen verletzt worden sein. Die Düsseldorfer Arbeiterschaft wird am Mittwoch durch eine Kundgebung gegen das Vorgehen der Polizei protestieren.

In Köln trugen sich bis Sonnabend 80 000 Wähler ein, in Siegburg 2300, in Unna 1000. Die Beteiligung in der Kölner Gegend ist auf dem Lande etwa 10 bis 20 Prozent, in den Städten 50 Prozent der Wahlberechtigten. In Stuttgart wurden am Montag 11 000 Stimmen abgegeben, damit ist die Gesamtziffer auf 78 000 gestiegen. In einzelnen Orten der Umgebung Stuttgart, in denen Einheitskomitees gebildet worden sind, liegen sehr gute Resultate bis zu 85 Prozent der Wahlberechtigten vor.

Während der größte Teil der bürgerlichen Presse von dieser gewaltigen Volksbewegung keine Notiz nimmt und sich auf die Seite der Fürsten schlägt, stehen sich einige demokratische Zeitungen unter dem Druck der rebellierenden Wähler der Demokratischen Partei gezwungen, zu dem Volksbegehren Stellung zu nehmen. In den Abstimmungsgeraden bringt die "Sozialistische Zeitung" heute morgen an der Spitze eine längere Notiz mit der Überschrift: "Volksbegehren angenommen" und schreibt darin: "Nach dem bisherigen Ergebnis kann damit gerechnet werden, daß in Berlin mehr als mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten sich eintragen werden. Wenn auch diese Beteiligung nicht ohne weiteres als typisch für alle Großstädte anzusehen werden kann, so ist doch für die übrigen Industriegebiete mit durchschnittlich mindestens 35 Prozent der Wahlberechtigten zu rechnen... Das bedeutet eine überwältigende Kundgebung gegen die Fürstenforderungen und gegen die Gruppen, die diese Forderungen unterstützen. Denn das jetzige Ausgebot umfaßt nur den Teil der Volksmassen, die sich gegen die Fürstenabbindungen einsetzen. Die anderen Teile stehen ihre Hoffnungen auf den Reichstag, der es in der Hand hat, auf Grund der Verhandlungen der Parteien der Mitte eine befriedigende Lösung rechtzeitig zu finden. Sollte sich diese Erwartung aber nicht erfüllen, so werden diejenigen, die sich heute für die entzündungslose Enteignung noch nicht einsetzen aus prinzipiellen und rechtlichen Gründen, alle Gedanken hinwegschmeissen. Die Zeit ist offenbar kundig im Steigen."

jassen. Das "Berliner Tageblatt" berichtet heute morgen, daß Schweden und voraussichtlich auch die Tschechoslowakei bereit sind, auf ihren Ratsitz zu verzichten. Dafür sollen Polen und Holland eine Vertretung im Völkerbundsrat erhalten. Aller Voraussicht nach wird die deutsche Delegation sich mit dieser in Vorschlag gebrachten Kompromisslösung einverstanden erklären und einer solchen Regelung keine Schwierigkeiten entgegensetzen. Bei der Neuorganisation der nichtständigen Ratsätze, zu der es im September kommen soll, wird bedachtigt, den kleinen Entente wiederum einen Sitz zuzuerkennen. Die Völkerbundversammlung, die sich mit diesem Kompromissvorschlag beschäftigen soll, ist für Mittwoch vormittags 10 Uhr einberufen worden. Bis dahin gehen die Schiebungen über die Kräftegruppierungen im Völkerbundrat hinter den Kulissen weiter.

**Hast Du Dich schon  
eingezeichnet?  
Wenn nicht  
Gehe sofort!**

#### Warum muß Luther weg?

Der neueste Bericht des Landesarbeitsamtes Berlin meldet wieder ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit. 240 000 Erwerbslose sind allein in Groß-Berlin erwerbslos. Auch die offiziellen Erwerbslosenziffern fürs ganze Reich sind auf der bisherigen Höhe geblieben, so daß nach wie vor etwa 5 Millionen deutscher Proletarier von der Erwerbslosigkeit betroffen werden. Je länger aber diese Riesenarbeitslosigkeit andauert, um so mehr verschärft sich die Not eines jeden einzelnen Erwerbslosen.

Dass die Erwerbslosennot nur immer steigt, anstatt daß sie gemildert würde, zeigt am besten, daß die Luther-Negierung nichts tut, um einerseits durch staatliche Eingriffe gegen die Massenentlassungen und Stilllegungen, andererseits durch großzügige Staatsanleihen den Erwerbslosen Beschäftigung zu verschaffen. Ebenso wenig geht die Luther-Negierung von ihrem brutal ablehnenden Standpunkt in der Unterstützungsfrage ab. Die heutige Unterstützung der Erwerbslosen ist absolut ungenügend. Die von den Kommunisten verlangte 100prozentige Erhöhung für alle Erwerbslosen ist das unbedingt Erforderliche. Doch die Luther-Negierung lehnt sogar die ungenügenden sozialdemokratischen Forderungen ab, sie gibt überhaupt nichts. Die Luther-Negierung treibt in der Erwerbslosenfrage geradezu eine Katastrophenpolitik. Man stellt Panzerwagen und Maschinengewehre bereit, um Protestkundgebungen der Erwerbslosen blutig unterdrücken zu können. Der Reichsinnenminister Kühl deckte am vergangenen Freitag sogar den empörenden Vorhang in Darmstadt, wo gegen eine Erwerbslosendemonstration ohne jeden Grund Maschinengewehre aufgefahren wurden. Sogar die "Frankfurter Zeitung" wie das "Berliner Tageblatt" haben diese empörende Provokation kritisiert. Doch Kühl deckt sie, weil sie zum ganzen System der Luther-Negierung gehört.

Wie gegen die Erwerbslosen, so wird gegen die Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen, Sozialrentner mit aller Brutalität vorgegangen. Um so eifriger lehnt sich die Luther-Negierung für die Erfüllung der Fürstenansprüche ein. Die Fürsten sollen ein Vermögen ausgehändigt bekommen, dessen Jahreszinsen niedrig berechnet allein mehr betrügen würden, als heute 650 000 Kriegsbeschädigte an Jahresrente bekommen. Der Deserteur von Doorn erhält immer noch monatlich 50 Mark. Das sind die Monatsrenten für 2000 Kriegerwitwen. Aber die deutsche Regierung lehnt es ab, den deutschen Schwerkrigbeschädigten nur annähernd solche Renten zu zahlen, wie sie in anderen Ländern bezahlt werden — man hat angeblich kein Geld. Aber die Fürsten sollen über 3 Milliarden belommen! Dafür wird der ganze Staatsapparat mobilisiert zwecks Sabotage des Volksbegehrens.

Da die Riesenbezüge der Fürsten, die sie auf Kosten der wertvollen Bevölkerung bisher erhalten haben, zum großen Teil dazu verwendet wurden, um die bewaffneten monarchistischen Verbände und die Schwarze Reichswehr zu finanzieren, so ist es verständlich, daß die monarchistischen Staatsstreicher befürchten, durch die Enteignung der Fürsten wichtige Machtpositionen zu verlieren. Gewiß haben an der Finanzierung der weißen Bürgerkriegsarmee die Großgrundbesitzer und Großkapitalisten hervorragenden Anteil, doch will sich die Reaktion die 3 Milliarden Fürstenaub nicht entgehen lassen. Und die Vertheidigung der Fürstenansprüche durch die Luther-Negierung wird um so begreiflicher, als immer neue Tatsachen über die von dieser Regierung beabsichtigten Diktaturpläne ans Tageslicht kommen. In der Tat müßte sich die Luther-Negierung, wenn sie eine Diktatur ausüben will, auf die illegal bewaffneten monarchistischen Verbände stützen.

Die vom Deutschen Nationalen Orden entdeckten und gar nicht gelegneten Diktaturpläne bilden den schwersten Anklagepunkt. Es liegen bestimmte Nachrichten vor, daß die Reorganisation der illegalen Bürgerkriegsarmee mit allen Mitteln beschleunigt wird. Daraus läßt sich auch die Versuche, die Auflösung über die Memoriem zu verhindern und den Fall Schulz vor dem Staatsgerichtshof verhindern zu lassen. Die Tatsachen, die bisher in dem Untersuchungsausschuß des Landtages zu-